

## Im Bund mit Europa

VON JOSEF JOFFE

Wenn die zwölf Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft den Schnell-Gipfel zu Paris hoch befriedigt und nach erklecklicher Zurschaustellung ihrer Harmonie verlassen haben, dann kann dies nur bedeuten, daß die wirklich brisanten Fragen nicht zwischen Dessert und Digestif behandelt worden sind. Geredet wurde nicht über den peinvollen nächsten Schritt zur Gemeinschaftsverdichtung, also die Währungsunion; geredet wurde nicht über die deutsche Frage, obwohl sie den Zwölf mehr als jede andere unter den Fingernägeln brannte. **B**

Geredet wurde über Osteuropa, vorweg über Polen und Ungarn, und da konnte kein Streit entflammen - nach der Devise: „weil nicht sein kann, was nicht sein darf.“ Diese beiden Ländern befinden sich auf dem Weg zu einer freien Politik und einer freien Wirtschaft. Im Angesicht dieser Augias-Arbeit konnte, durfte Westeuropa nicht kleinherzig und knauserig sein - auch wenn die beschlossenen Wohltaten kurzfristig eher bremsen werden, was längerfristig das unverzichtbare Ziel sein muß: ein marktwirtschaftlich geregeltes System, das nicht mehr - wie in den vergangenen 40 Jahren - knappe Ressourcen fehlenkt, vergeudet und verschludert.

Polen und Ungarn sollen nun „Stabilisierungs-“ oder „Überbrückungshilfen“ in Höhe von je einer Milliarde Dollar erhalten. Zusammen mit der knappen Milliarde Dollar, die ihnen schon zuvor von der EG und einzelnen Regierungen zugesagt worden sind, ist das wenigstens ein Zeichen des Wohlwollens und der Freundschaft - auch wenn solche Summen angesichts der Auslandsschulden (Polen: 40 Milliarden Dollar, Ungarn über zehn - die höchste Pro-Kopf-Verschuldung im Osten) kaum mehr als ein Rettungsringlein abgeben.

Aber eine rettende Hand muß sein, auch wenn es Rettungsringe manchmal an sich haben, daß sie das Schwimmenlernen eher erschweren als ermuntern. Fürs erste werden so die niederdrückenden Auslandsschulden der beiden Länder vergrößert, derweil der Reformdruck zumindest kurzfristig nachläßt. Nur: Gerade jetzt muß getan werden, was politisch das Gebot der Stunde ist - auch wenn mit Subsidien der nicht minder dringliche Reformschub gedämpft wird. Denn: Was nützen freie Preise und Profite, wenn das noch sehr zarte Pflänzchen der Demokratie im kommenden Winter im Aufruhr der Hungrigen und Verbitterten zertrampelt wird?

Umgangen wie die Katze den köchelnden Brei haben die Zwölf die deutsche Frage. Hier gilt die unausgesprochene Parole: Keiner will die Wiedervereinigung,

nicht heute und nicht morgen, aber niemand will es wagen, sich den wirklichen oder auch nur angenommenen nationalen Sehnsüchten der Deutschen in den Weg zu stellen. Das Reden wurde dem deutschen Kanzler überlassen, dem - wie auch der

Opposition - die Sache so peinlich ist wie den Freunden und Nachbarn.

Was Wunder auch. Niemand hat willentlich die deutsche Frage gestellt; gestellt wurde sie unwillentlich von den Zehntausenden, die im Sommer und Herbst dem zweiten deutschen Staat Ade gesagt haben - und von den Hunderttausenden, die hernach in der DDR erst das Honecker-Regime beseitigt und dann die Mauer durchbrochen haben. Daß aber die Frage überhaupt auftauchen konnte, ist weder den West- noch den Ostdeutschen, sondern Gorbatschow zu verdanken. Der tut zumindest montags, mittwochs und freitags so, als wenn ihm die Macht- und Ordnungsfrage herzlich egal sei; er hat auch das wohl entscheidende Signal zum Sturz Honeckers gegeben. Aber ein jeder befürchtet, daß ihm - oder seinem Nachfolger - die Besitzstandsfrage nicht egal sein kann, weshalb niemand auch nur die geringste Lust verspürt, an den Nachkriegsgrenzen in Europa zu rütteln.

Auch nicht die Deutschen. In der Bundesrepublik hat sich geradezu eine „Große Koalition der Vorsicht“ gebildet; die beiden großen Parteien überbieten sich in dem gemeinsamen Bekunden, daß die Freiheit der DDR, nicht die Wiedervereinigung der Nation, das dringlichste Anliegen sei. Kanzler Kohl sagte nach dem Pariser Gipfel-Diner unaufgefordert, daß die Westbindung „Bestandteil der Staatsräson der Bundesrepublik“ sei. Aber auch die SPD, die Mitte der 80er Jahre „im deutschen Interesse“ an die Wahlurnen gezogen war, klingt kaum noch „national“; auch ihr geht es in großen Teilen um die Demokratisierung der DDR und um das Festhalten an Europa und an der Allianz.

Das ist kein schlechtes Fundament für eine gemeinsame West- und Deutschlandpolitik - und eine, die mit einem Metternich so wenig zu tun hat wie der mit den Freiheitsbestrebungen Osteuropas nach Waterloo (1815). Es geht ja gerade nicht darum, die inneren Verhältnisse im Osten einzufrieren, sondern um ihre Enteisung. Angesichts dieses hohen Ziels kann die kühl abwägende Vernunft nur gebieten, die Freiheits- nicht mit der Grenzfrage zu vermengen. Dies um so mehr, als die 40 Jahre alte europäische Machtfrage noch

keineswegs neu beantwortet worden ist.

Ein wiedervereinigtes Deutschland im Westen, mit seiner unwiderstehlichen Anziehungskraft auf Osteuropa? Dies würde das Ende der Sowjetunion als Großmacht voraussetzen, worauf niemand so schnell wetten sollte. Ein ganzes Deutschland, aber neutralisiert und demilitarisiert, allein und in der Mitte? Davor müßte es selbst den Nationalgesinnten grausen. Im Schatten der neuen Ungewißheit ist es besser, sich - wie in Paris vorexerziert - an den bewährten Geländern festzuhalten und eine gemeinsame westeuropäische Politik für das ganze Europa zu machen.

4.